

Städtetag Nordrhein-Westfalen

Vorbericht

für die 39. Sitzung
des Statistischen Ausschusses
am 8. Februar 1990
in Essen

Köln-Marienburg,
Lindenallee 13 - 17
Postanschrift: 5000 Köln 51, Postfach 51 06 20

Aktenzeichen:
Umdruck-Nr.:

Telefon (02 21) 3 77 10 Durchwahl 37 71 -
Fernschreiber 8 882 617
Btx 0221 3771

Stadtparkasse Köln 3020 2154
BLZ 370 501 98

TOP. 5.: Zum Wandel der Erfolgsbedingungen
rechtsradikaler Politik

Berichterstatter: Bensch, Duisburg

I.

Die aktuelle Politische Entwicklung läßt es als zweckmäßig erscheinen, das ursprünglich als Analyse der Ergebnisse der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen vom Herbst 1989 konzipierte Thema breiter zu fassen - nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der Ergebnisse der Landtagswahlen im Saarland.

II.

Das politische Phänomen im Vordergrund des öffentlichen Interesses während der letzten drei Jahre war der sukzessive Aufstieg neuer rechtsradikaler Parteien, der sich dem Verlauf nach ähnlich vollzog, wie der Aufstieg der Partei "Die Grünen" zehn Jahre zuvor:

Nach ersten symbolischen Erfolgen in einzelnen Großstädten konnte ein Flächendurchbruch bei den Europawahlen 1989

- hohe Prozentanteile wegen der geringen Wahlteilnahme und
- hohe Protestwahlbereitschaft wegen der geringen Bedeutung der Wahl

erzielt werden, der sich im übrigen durchaus auch bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen wiederholte, wenn die Organisationsdefizite der REPs berücksichtigt werden (vgl. untenstehende Tabelle).

Ergebnisse der Kommunalwahlen 1984 und 1989 in Nordrhein-Westfalen
(Wahlen zu den Räten der Städte)

Merkmal	Kommunalwahl					
	1984		1989		1989 : 1984	
	absolut	v.H.	absolut	v.H.	absolut	v.H.
Wahlberechtigte	12 605 843	100	12 878 480	100	+ 272 637	
Wähler	8 297 268	65,8	8 443 976	65,6	+ 146 708	- 0,2
Gültige Stimmen	8 168 051	100	8 297 266	100	+ 129 215	
davon für						
SPD	3 470 935	42,5	3 563 904	43,0	+ 92 969	+ 0,5
CDU	3 447 617	42,2	3 111 964	37,5	- 335 654	- 4,7
GRÜNE	666 126	8,2	691 195	8,3	+ 25 069	+ 0,1
GRÜNE et al.(1)	755 938	9,3	721 520	8,7	- 34 418	- 0,6
F.D.P.	394 203	4,8	537 086	6,5	+ 142 883	+ 1,7
REP	-	-	193 877	2,3	+ 193 877	+ 2,3
					5,1(2)	+ 5,1(2)
Sonstige	99 358	1,2	168 915	2,0	+ 69 557	+ 0,8

(1) Einschließlich bunter und alternativer Wählergruppen

(2) Bezogen auf die gültigen Stimmen, welche in denjenigen kreisfreien Städten und Kreisen abgegeben wurden, in denen die REPUBLIKANER kandidiert haben.

III.

Voraussetzung für diesen Durchbruch des rechten Randes war zudem - ebenso wie auf der linken Seite 10 Jahre zuvor vorexerziert - die Bildung einer neuen politischen Synthese: Der Protest mußte von einer neuen Kraft, die sowohl in der Lage war, eher biedere Personen anzusprechen, als auch radikalere Strömungen einzubinden, ausgehen. Die Zukunft solcher Parteien ist deshalb weitgehend von den vorgefundenen Rahmenbedingungen abhängig. Die äußeren Bedingungen entscheiden darüber, welche Parteiflügel sich auf Dauer durchsetzen, ob solche Parteien Nachsozialisationsinstanzen für das "System" oder Durchlauferhitzer für die "Systemopposition" sind.

Zum ideologischen Profil der Republikaner kann deshalb auch - ähnlich wie dies für die kaum wahrnehmbare Distanz zwischen den Jusos der späten 70er und den Grünen der frühen 80er Jahre schon festzustellen war - festgehalten werden, daß die Partei nicht wesentlich rechts von der CSU zu verorten ist. Der wesentliche Unterschied zwischen einer bundesweiten CSU und den REPs muß jedoch deutlich betont werden: Unabhängig vom ideologischen Profil der jeweiligen Parteien besteht ein wesentlicher Unterschied bei der Kalkulierbarkeit der jeweiligen Partei im demokratischen Kräftespiel: Ob nämlich bestimmte Spielregeln von den Parteiführungen akzeptiert werden und der Mitgliedschaft gegenüber auch durchgesetzt werden können oder nicht.

Dieser maßgebliche Unterschied zwischen einer rechtskonservativen und rechtsradikalen Gliederung, der nicht an Parteiprogrammen, nicht einmal an Selbstverortungen, sondern nur an Parteiverhalten festgemacht werden kann, wurde bei den diversen Containment-Strategien der anderen politischen Kräfte übersehen. Eine Eingrenzung des Einflusses der politischen Rechten sollte durch eine Schändung ihrer ideologischen Orientierungen in der Öffentlichkeit erreicht werden. Dabei wurde übersehen, daß die entsprechenden Kritiken, die immer den Kontext von politischem (ideologischer Nationalismus) und sozialem Konservatismus (familiale Option einschließlich traditioneller Rollenvorstellungen, Techno-Orientierung etc.) trafen, den Rechten kaum geschadet haben dürften. Eher dürften sie die Integration der REPs gefördert und ihre Anhang verbreitert haben.

IV.

Um diesen Gedankengang nachvollziehen zu können, muß die Situation in Erinnerung gerufen werden, die heute, knapp ein halbes Jahr später, im Grunde nur noch eine dürftige Erinnerung an eine - im Zuge der Geschehnisse in der DDR - untergegangene politische

Realität ist: Die Selbstverständlichkeit, mit der die gesamte veröffentlichte Meinung von der Unabwendbarkeit des gesellschaftlichen Wertewandels im Zuge des erfolgreichen "Langen Marsches" der "68er" durch die Institutionen ausging. Die REPs wurden in diesem Zusammenhang als das letzte Gefecht der untergehenden Machos, der Aufstand der unverbesserlichen Nationalisten etc. apostrophiert.

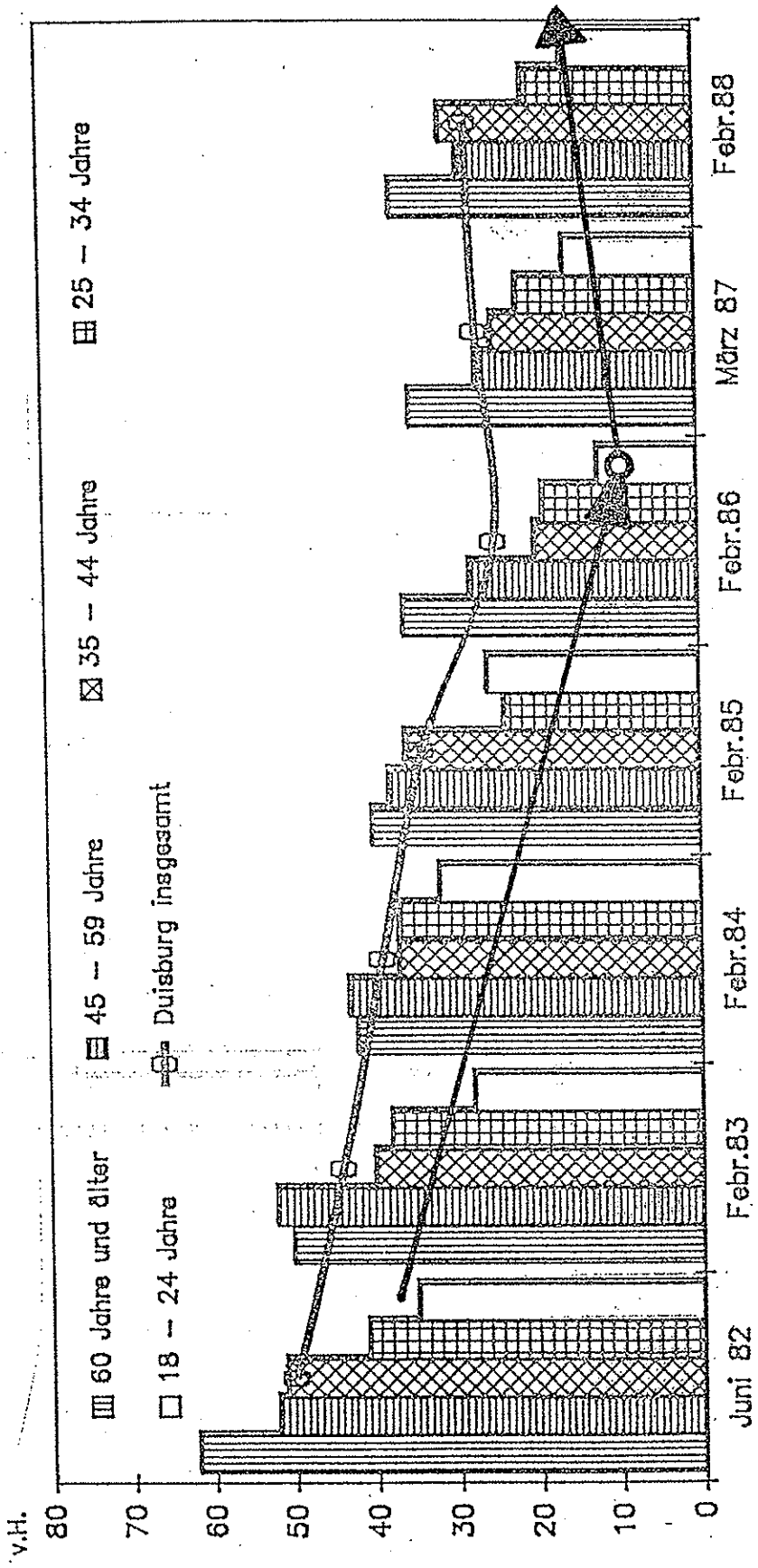
Übersehen wurde bei diesen Argumenten, daß sich der entscheidende Trendbruch in den Orientierungen innerhalb der Bevölkerung schon zuvor vollzogen hatte, nämlich in den Jahren 1986 und 1987 (siehe **Abbildungen 1 und 2**), und daß die soziale und politische Protestwählermischung sich zwar nicht aufgrund von Wählerwanderungsanalysen aber aufgrund von Interessenslagen relativ eindeutig aufschlüsseln läßt.

Neben einem selbstverständlichen Anteil von politischen Protestwählern, enttäuschten rechtskonservativen CDU-Anhängern, lassen sich drei relevante Gruppen ausmachen, die sich nur zum Teil mit der obigen überschneiden:

1. Von der Motivlage ist **ländlicher Agrarprotest** zu unterscheiden, der traditionell eher politisch rechts, aber sozial immer konservativ orientiert war - trotz bestehender Doppelerwerbstätigkeit im Familienbetrieb.
2. **Sozialprotest** aus von Verarmung bedrohten Kreisen, meist in Industrievierteln, die den ideologischen Nationalismus eher als Vehikel für materielle Eigeninteressen in der Konkurrenz mit ausländischen Mitbewerbern begriffen. Zum Teil überschneidet sich dieses Spektrum zudem mit den Opfern der einseitigen Integration von Zuwanderungsbevölkerung und ist auch Artikulation von kulturellen Eigeninteressen eines bestimmten deutschen Teils in einer bestimmten "multikulturellen Gesellschaft". Im Grundsatz gilt für diesen Wählertypus, daß er eher aus dem sozialdemokratischen Milieu kommt, wie alle Arbeiter und -innen eher politisch fortschrittlich und sozial konservativ eingestellt ist.
3. Läßt sich eine Komponente von **Jugendprotest** festmachen, die das Selbstgefühl ihrer Vorgängergeneration, zu lebenslänglicher Jugend berufen zu sein, Lügen straft und so den "Wertewandel" zur Neuauflage des ewig-alten Liedes "Mit uns zieht die neue Zeit" abstempelt. Auch hier dürfte es sich um eine Mischung von Sozial- und Kulturprotest handeln. Die von den 68ern vertretene gesellschaftliche Gestaltungsoption zur Überwindung der geschlechtlichen Rollenteilung war für die Nachfolger nicht nur aufgrund der beobachtbaren Privatverhältnisse der Eltern recht unattraktiv, sie war zudem mit einem sehr reduzierten Arbeitsangebot verbunden. Vielfach waren diese 'jungen Leute' nicht einmal in der Lage aufgrund der doppelten Belastung beider Personen bei den sich erhöhenden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt konsistente Berufsorientierungen und -karrieren aufzubauen und dies nicht einmal für eine der beiden Personen.

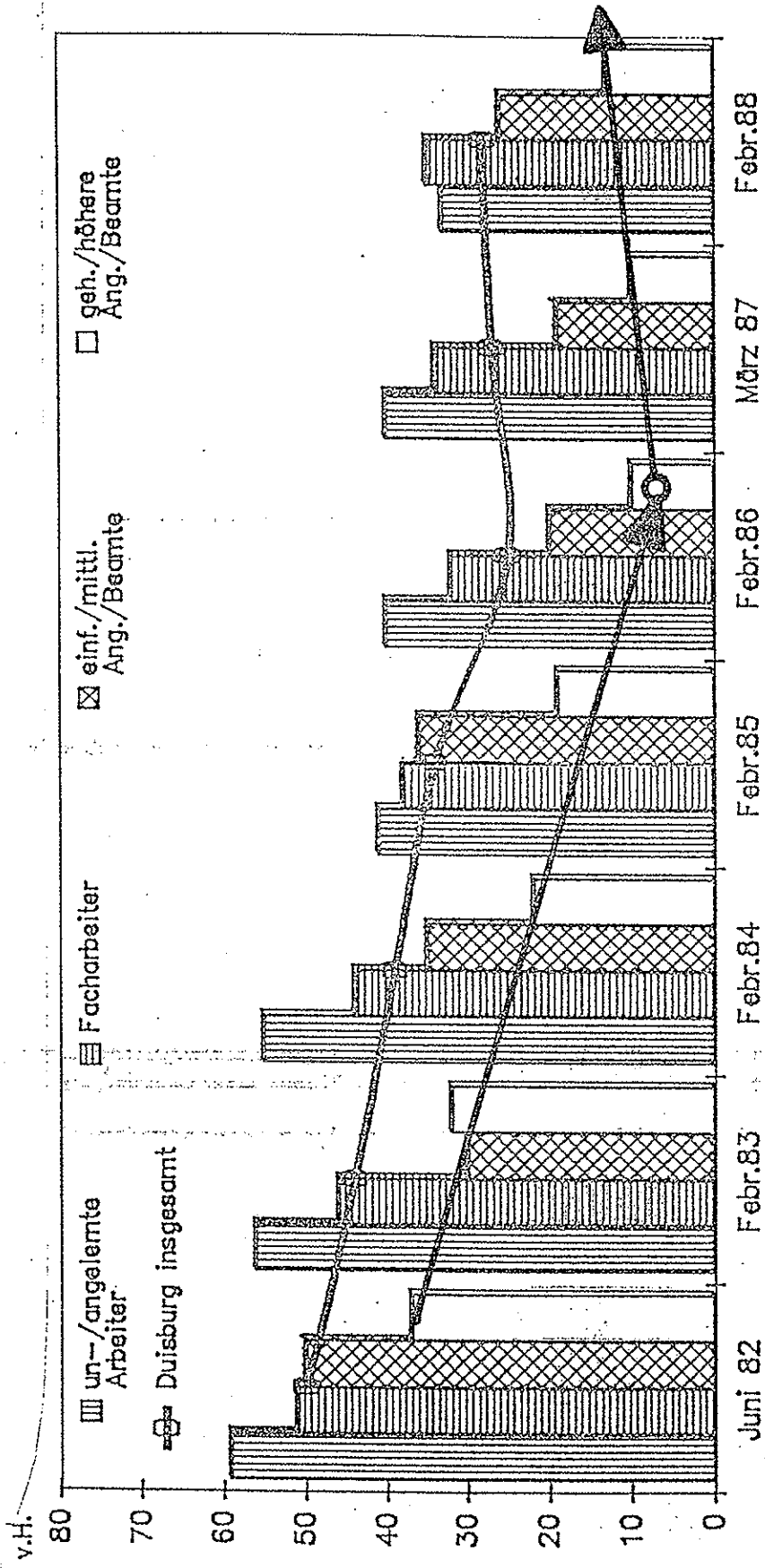
Zusammung zu der Aussage:
 Bei Entlassungen von Arbeitskräften sollte man die
 türkischen Arbeitnehmer zuerst entlassen

Abb.: 1



Zustimmung zu der Aussage:
 Bei Entlassungen von Arbeitskräften sollte man die
 türkischen Arbeitnehmer zuerst entlassen

Abb.: 2



V.

In die obige Darstellung der Motivlagen geht eine Annahme ein, die nachträglich noch ausformuliert werden soll: Der Erfolg einer Protestpartei, in diesem Falle der REPs, ist nur plausibel als defensiver Reflex auf die Politik der bestehenden Parteien zu erklären, der Erfolg solcher Parteien wird nur durch die Analyse des Protestobjektes verstanden. Dies schließt nicht aus, daß Ewiggestrige an der Spitze stehen, nur läßt sich deren neuer Erfolg nicht mit ihrem alten Einfluß, sondern nur mit den aktuellen Unterlassungen ihrer stärkeren Kontrahenten verständlich machen. Insofern war auch diese gesamte Containmentkampagne von ihrer Anlage her eine Flucht der etablierten Kräfte aus der Verantwortung.

Auf einen Punkt gebracht: Bei dem Erfolg der REPs handelt es sich um eine gesellschaftliche Gegenreaktion zu der Politik des Kartells der etablierten Parteien. Deren Ideologeme wurden in den 80er Jahren weitgehend von den Grünen und den in ihnen repräsentierten sozialen Interessen, zumeist akademischem und nichtakademischem Mittelstand, definiert. Wegen dieser ideologischen Reorientierung war die traditionelle Partei des Sozialprotestes nicht mehr in der Lage, diese Stimmungen in der Bevölkerung zu integrieren, sah sich der nationalistisch-sozialkonservative Wähler in der Regierungspartei nicht mehr aufgehoben.

Es wurde zumeist übersehen, daß von dieser Couleur zudem auch die politischen Verfahren, die eher dem rechten Protest zugerechnet werden, salonfähig gemacht wurden. Erinnerung sei an dieser Stelle nur an zwei Sachverhalte:

- die Ausschaltung wirtschaftlicher Kontrahenten durch die politische Einschränkung der Wettbewerbsrechte der Kontrahenten (Quote und "Ausländer raus") und
- biologistisch-kollektivistische Realitätsdeutungen, bzw. Realitätsdeutungen, die sich zwar von diesen formell abgrenzen, aber in der Sache kaum zu unterscheiden sind, zur Gestaltung von Interessensgegensätzen (der an das Geschlecht gebundene Führungsstil und die authentische Kultur von Emigranten).

Dieser Gegensatz zwischen einer Linken, genauer einer derartig konturenlosen Linken, die sich bei den artikulierten Interessenslagen schon im Gegensatz zu ihrer Wählerschaft befand, und einer nicht minder konturenlosen Rechten mußte für ganze Wählergruppen aufgrund ihrer Interessenslagen immer zu einer Präferenz für die politische Rechte führen. Man muß schon das Weltbild der "neuen" altgewordenen Linken teilen, um zu glauben, daß eine traditionelle Familie in der Meinung der Mehrheit der Bevölkerung eine Belastung und ein Indiz für Rechtsradikalismus sei. Umgekehrt bei den zerstörten Privatverhältnissen der Wertewandlergemeinschaft konnte eine derartige Gegenagitatio - zwei Drittel der Ehen werden immer noch nicht geschieden - auf Dauer nur zu einem Seriösitätsausweis der Rechten werden. Motto: Weil die REPs für Anstand in den Familien sind, sind die auch sonst schon in Ordnung.

VI.

Daß sich die fatalen Wirkungen dieser Containmentkampagne, die leicht zu einem Ansteigen der REPs auf 10% der Wählerschaft oder mehr hätten führen können, nicht entfalten konnten, ist nur auf einen Zufall zurückzuführen.

Der Zusammenbruch des SED-Regimes in der DDR hat das soziale und politische Integrationskalkül der REPs erst einmal außer Kraft gesetzt. Neuerdings wird in ihren Hauptwählerkreisen nicht mehr der Türke, sondern der andere Deutsche als Arbeitsmarktkonkurrent gefürchtet. Von daher erklärt sich auch der Erfolg Lafontaines nicht mit der Konstanz seines Genies sondern mit dem Vollzug eines Richtungswechsels seiner Politik im saarländischen Wahlkampf: Dieselben Motive, die zu einem breiten Protest in der Gewerkschaft und in der traditionellen Arbeiter-SPD bei der Präsentation seiner arbeitsmarktpolitischen Initiativen geführt haben, konnte er nun für seinen Wahlerfolg nutzen (siehe Abbildung 3 und 4).

Obwohl dieses Panorama im Grundsatz schon unmittelbar nach Öffnung der DDR-Grenze erkennbar war, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar, wie sich die neue Situation auf die aktuellen Chancen der nationalistischen Rechten auswirken würde. Aufgrund der wirtschaftlichen Interessenslagen durfte zwar davon ausgegangen werden, daß diese keine prägende Kraft in der nahen Zukunft mehr sein würden, ob sie jedoch nicht noch eine Zeit lang weitere Wahlerfolge verbuchen würde, war offen. Bei den üblichen Inkonsistenzen von Protestwahlverhalten wäre es durchaus denkbar gewesen, daß die REPs trotz ihres Wiedervereinigungskurses die Stimmen von Wiedervereinigungsgegnern erhalten hätten.

Trotzdem wären in diesem Kontext die zuvor erwähnten 10% nicht mehr das Erreichen der nächsten Schallmauer gewesen, sondern nur ein weitgehend nicht politikwirksamer Protest. Diese für die nun anstehenden Wahlen optimistische Prognose ist jedoch bei näherer Hinsicht nicht sonderlich ermütigend. Denn bei dem Tempo der neuen deutsch-deutschen Begegnung und den dabei absehbar freigesetzten Interessensgegensätzen ist eher davon auszugehen, daß ein Rückschlag für die rechtsradikalen Optionen bloß temporärer Natur sein dürfte. Bevor diese Überlegung verdeutlicht wird, soll jedoch klargestellt werden, daß die Verlaufsform, die ein sich abermals erneuernder Rechtsradikalismus annehmen würde, zur Zeit noch nicht eingegrenzt werden kann.

Die Folgen der sozialen Belastung der bundesdeutschen Bevölkerung durch eine schnellen deutsch-deutsche Vereinigung für die Stabilität des entstehenden Gesamtstaates können zur Zeit nicht annähernd beurteilt werden. Die entscheidenden Größen werden bisher in der öffentlichen Diskussion nicht einmal ansatzweise erwähnt. Es handelt sich dabei weniger um die relativ geringen Summen, die als Kapitalvorschüsse für die Wiederaufnahme der Produktion oder zur Erneuerung des Verkehrswesens benötigt werden, es handelt sich um die wirtschaftlichen Transfers, die das kulturelle Nebeneinander hervorbringen wird.

Wählerwanderung: SPD
 LTW-Saarland im Vergleich
 zur Europawahl 1989

Wählerwanderung: SPD
 LTW-Saarland
 1990 : 1985

Abb.: 3

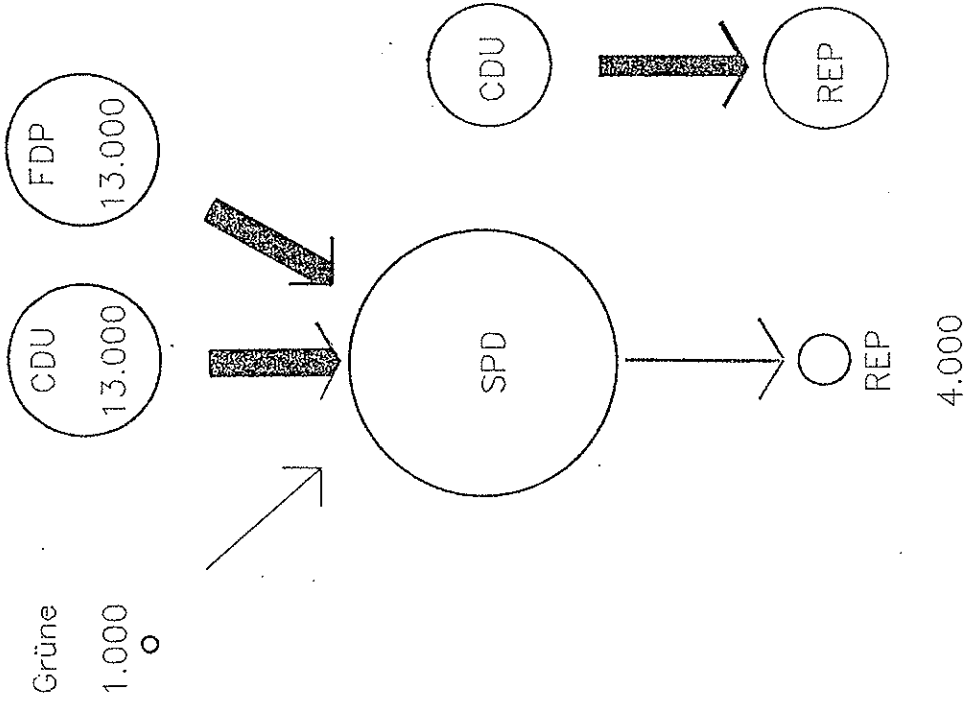
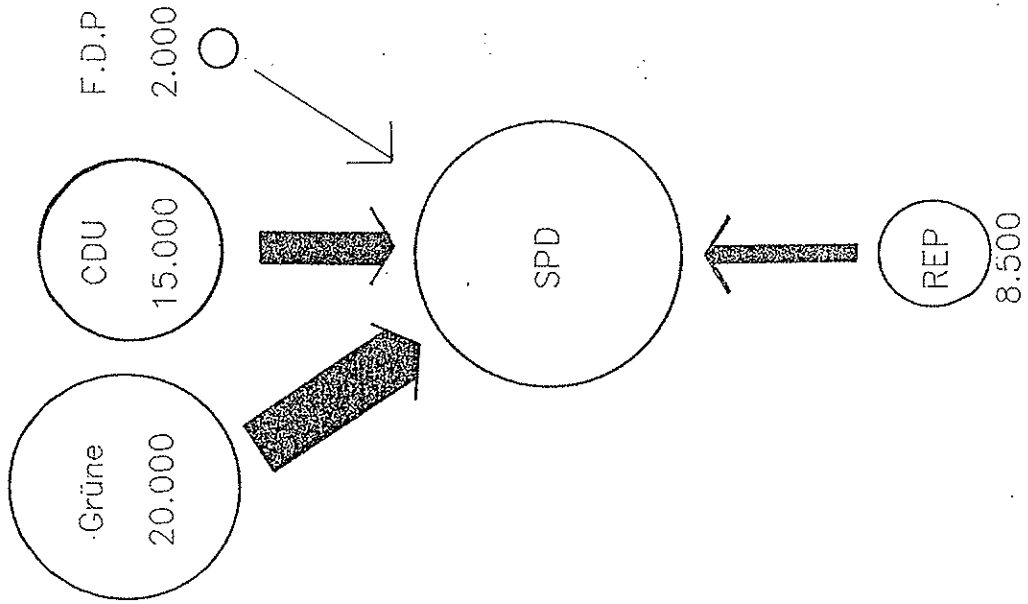
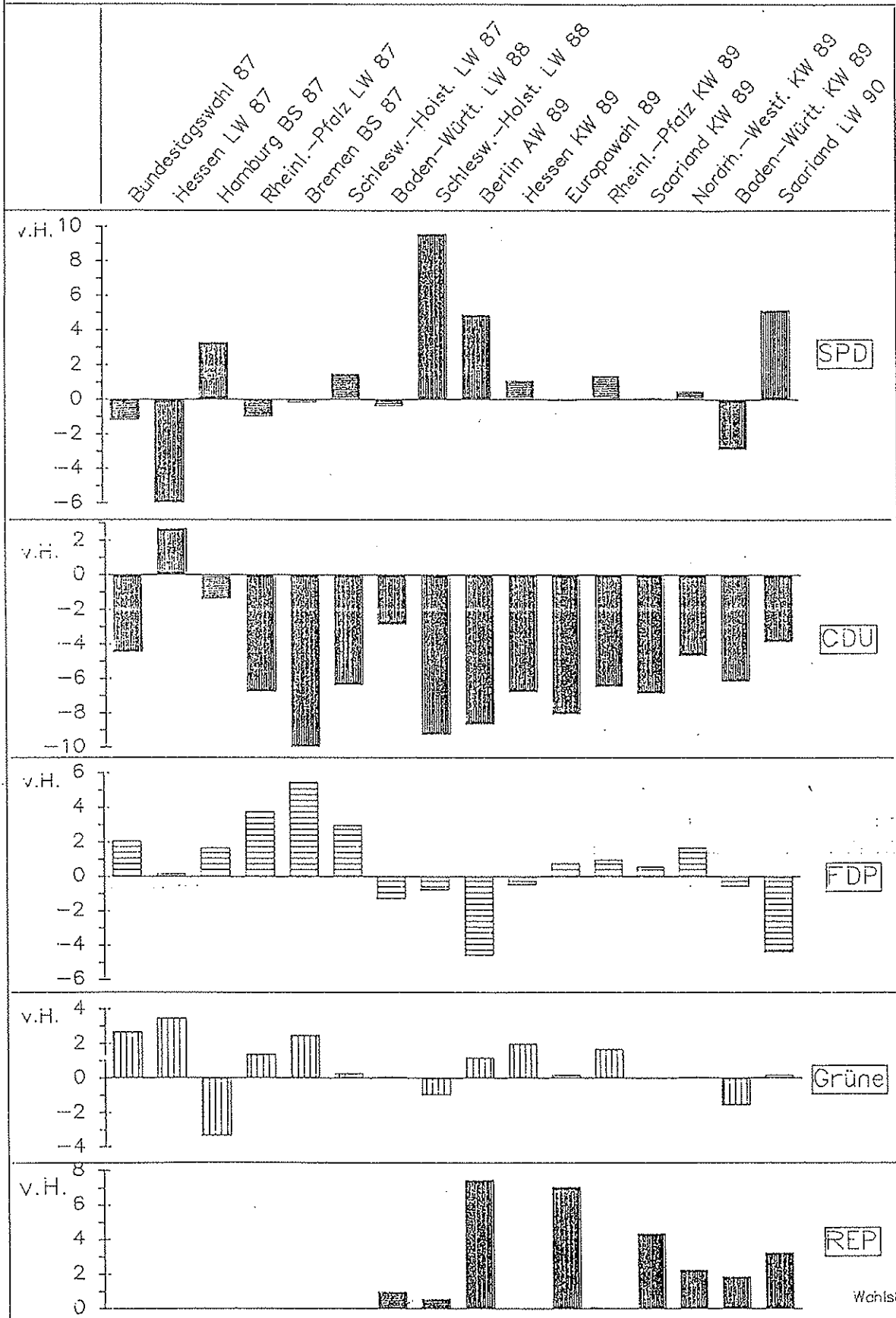


Abb.: 4

Veränderungen der Parteianteile bei Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen gegenüber der jeweiligen Wahl des selben Typs seit der Bundestagswahl 87



Stadt Duisburg, Amt für Statistik und Stadtforschung

Die relativ geringe Produktivität der DDR-Arbeitnehmerschaft ist bekannt, Schätzungen, die kolportiert werden, behaupten, der juristischen 43-Stundenwoche entspräche eine sachliche 25-Stundenwoche. Die Unterschiede einer angemessenen Bezahlung lägen in einer vergleichbaren Differenz. In diesem Falle wäre der künftige Lebensstandard der DDR-Bevölkerung in den meisten Fälle kaum höher, eher niedriger als der jetzige. Der Hinweis, daß die Immigranten bisher problemlos in der Bundesrepublik einzugliedern waren, übersieht nicht nur die bloß partiellen Erfolge, die in der Vergangenheit erzielt wurden, er unterschlägt den entscheidenden Unterschied in den Rahmenbedingungen.

Es ist ein Unterschied, ob einzelne Zuwanderer - möglicherweise auch sehr viele - als Individuum in ein bestehendes Kollektiv einzugliedern sind, oder ob eine kompakte protesterrfahrene und der historischen Legitimität seiner Interessen gewisse Bevölkerungsgruppe zu integrieren ist. Verhaltensumstellungen von dem Umfang, wie sie in naher Zukunft von der DDR-Bevölkerung gefordert sein werden, sind mit Enttäuschungen, Entbehrungen und Leiden verbunden. Sollten also die Transferzahlungen für den täglichen Lebenswandel in der DDR nicht ein gewisses Minimum erreichen, wird sich die abermalige Enttäuschung in Forderungen nach einem "nationalen" Konsens, möglicherweise nach einem "nationalen Sozialismus" niederschlagen.

Andererseits: Von nichts kommt nichts. Wird das niedrige Arbeitsergebnis in der DDR aus der Bundesrepublik auch nur für einen Übergangszeitraum bezuschußt, werden andere Personen durch den rauheren Wind auf dem Arbeitsmarkt Schaden erleiden und zudem mit ihrem Arbeitsprodukt die Brüdern und Schwestern subventionieren dürfen. In den sozialen Grenzbereichen dürfte dies zu einer neuen Protestwelle führen. Und diese prognostizierbare Entwicklung rückt das eigentliche Datum im Wählerverhalten - das schwindende Vertrauen für die traditionellen Parteien bei treuer Stimmabgabe für sie - in den Mittelpunkt.

Fazit:

Wenn es nicht gelingt, aus der Situation der politischen Konturenlosigkeit der Volksparteien herauszukommen, wenn es nicht gelingt, wieder durch die glaubwürdige Inszenierung bestimmter Gegensätze die anderen Gegensätze einzubinden, dürften sich diese "Betroffenheiten" in beiden deutschen Staaten in bisher unbekannter Form Luft verschaffen.